

Brot und Bomben

Die Bundesrepublik zieht in den Heiligen Krieg

Der Krieg in Afghanistan belegt ebenso wie schon der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien: Militarismus und Imperialismus gibt es weiterhin. Gegenwärtig dienen die Anschläge in den USA als Vorwand, um geostrategische und ökonomische Interessen zu verfolgen. Die Definition von »Schurkenstaaten« wird dabei je nach politischer Opportunität geändert: Gestern wurden die Taliban noch als »Stabilitätsfaktor« unterstützt – ohne dass ihre menschenverachtende Politik eine Rolle spielte – heute werden sie mit Hilfe der fast ebenso reaktionären Nordallianz gestürzt. Die Bereitstellung von deutschen Soldaten für den Krieg in Afghanistan zeigt, dass das militärische Engagement der BRD in Jugoslawien kein Einzelfall ist.

Viele AL-KandidatInnen beteiligen sich an den aktuellen Friedensaktionen gegen den Krieg in Afghanistan bzw. initiierten diese mit. Wir wenden uns darüber hinaus auch gegen eine neue EU-Armee und Bundeswehr-Interventionstruppen und fordern eine umfassende Abrüstung und Entmilitarisierung.

Während der Uni-ASTA schwiag bzw. den Krieg befürwortete, versuchte die AL, im StudentInnenparlament (SP) eine Unterstützung des studentischen Friedensbündnisses durchzusetzen. Dies wurde von der RCDS/LUST/Unabs-Mehrheit rundweg abgelehnt.

Die BRD war bereits vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion zur stärksten militärischen Macht in Europa aufgestiegen. Die Erinnerung an die Verbrechen des deutschen NS-Faschismus waren aber lange Zeit ein Hemmnis der militärischen Außenpolitik. Schon vor 1999 wurde daher durch eine Umdeutung der Geschichte kontinuierlich versucht, dieses Hindernis abzubauen: Durch den ersten »Historikerstreit«, ausgelöst von dem Kölner Historiker Andreas Hillgruber oder durch eine Renaissance der pseudowissenschaftlichen Totalitarismustheorie. Während des Jugoslawien-Kriegs wurde durch die Gleichsetzung von Vertreibungen im Kosovo mit Auschwitz – wodurch eine Legitimierung der Bombenangriffe geschaffen wurde – eine Relativierung der NS-Geschichte vollzogen.

Die BRD-Interventionen im ehemaligen Jugoslawien sind zum Katalysator für die endgültige Überwindung der deutschen Niederlage im II. Weltkrieg geworden. Wo einst PartisanInnen gegen die Wehrmacht kämpften, werden heute wieder deutsche Soldaten von Menschen umjubelt, die als AlbanerInnen nach den alten



ethnischen Teilungen in die damaligen Freund-Feind-Schemata (AlbanerInnen, KroatInnen und MuslimInnen als PartnerInnen der deutschen Nazis – SerbInnen, Roma und JüdInnen als deren GegnerInnen) passen. Deutsche KFOR-Kontingente deckten »ethnische Säuberungen« entsprechend diesem Schema.

Die Bundeswehr erprobte im Krieg gegen Jugoslawien ihren Umbau zu Krisenreaktionskräften für den weltweiten Einsatz. In einer Studie des Instituts für Internationale Politik der Bundeswehr-Hochschule Hamburg vom August 1998 heißt es: »Der Einsatz militärischer Kräfte der NATO in Kosovo (...) wird als Präzedenzfall für mögliche künftige Einsätze im unmittelbaren Vorfeld Rußlands gewertet, etwa im Kaukasus (...), wo in der Auseinandersetzung um die Erdölressourcen in der kaspischen Region und die Nutzung bzw. die Verlegung von Pipelines ein heftiger Konkurrenzkampf (...) entbrannt ist.« 1992 wurde in den verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr als zukünftiger Kampfauftrag formuliert, »den ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« zu sichern.

Die BRD hat im Windschatten des US-Kriegs gegen Afghanistan nun die Kommandogewalt über die NATO-Interventionstruppen in Mazedonien erhalten. Der Streit um den Einsatz deutscher Truppen in Mazedonien seit August 2001 entzündete sich nicht an der Frage, ob eine deutsche Armee überhaupt etwas auf dem Balkan zu suchen hat. Sondern die Frage war, ob die Bundeswehr nicht zuvor gestärkt werden müsse, um solche Einsätze »durchzuhalten«.

Sie rückte auch andernorts in rückwärtige Stellungen nach, die von den USA geräumt wurden: ins östliche Mittelmeer mit Schiffen der Bundesmarine und in Nordamerika mit AWACS-Maschinen, die die über Afghanistan kreisenden Radarflugzeuge ersetzen sollen. Als Trostpries für ihre Vernachlässigung bei der anstehenden Neuverteilung der Einflussphären in Zentralasien erhält die Bundeswehr die Gelegenheit, ihren Hinterhof auf dem Balkan abzuräumen.

Die Rückkehr Deutschlands zu einer uneingeschränkten militärischen Großmachtspolitik vollzieht sich zurzeit im Rahmen der offensiven Militärbündnisse NATO und Westeuropäische Union (WEU). Die WEU soll langfristig in einen autonomen EU-Militärapparat überführt, die europäische Rüstungsindustrie gegenüber den USA konkurrenzfähiger und die Rüstungsexporte gesteigert werden. Dazu ist weiterhin die immense Verschwendung von zig Milliarden Mark für den Etat der Bundeswehr vorgesehen: »Seminarleiter statt Eurofighter« hieß eine darauf anspielende Parole aus dem letzten studentischen Streik.

Die neue NATO-Strategie umfasst in erster Linie die Sicherung des freien Zugangs zu Rohstoffressourcen und Märkten weltweit für die im Interessens-»Verteidigungs«bündnis zusammengeschlossenen Staaten. Dabei ist die BRD immer noch auf die Kriegführungsfähigkeit der USA angewiesen, die über ein Dreifaches der Rüstungsausgaben der EU-Führungsstaaten Frankreich, BRD, Großbritannien zusammen verfügt.

Dieter Asselhoven

Eine andere Welt schaffen

Der Widerstand gegen die von manchen als »Globalisierung« bezeichnete weltweite kapitalistische Ausbeutung wächst. Ob in Seattle, Genua oder Göteborg – es stehen immer mehr Menschen gegen ein menschenverachtendes und rein profitorientiertes System auf.

Die Alternative Liste hat sich bereits bei den Protesten gegen die EU- und WWG-Gipfel 1999 in Köln gegen die Treffen der wirtschaftlich und politisch Mächtigen engagiert und mobilisiert zurzeit für die Proteste gegen den EU-Gipfel in Brüssel vom 13. bis 15. Dezember.

Die Existenz eines kapitalistischen Weltmarktes wird heute unter dem Begriff »Globalisierung« fast wie eine gesellschaftliches Naturgesetz behandelt. Beinahe schon esoterisch argumentierend wird der Mythos der Globalisierung beschworen. Unter diesem Mantra soll den Menschen heute nahezu alles an Sozialschweiniereien zugemutet werden: Als Roman Herzog seine »Berliner Rede« vom »Aufbruch ins 21. Jahrhundert« hielt, beschwor er zuerst die »existenziellen Herausforderungen der Globalisierung«. Wenn Joseph Fischer die grüne Außenpolitik auf »zivilen Imperialismus« trimmt oder eine ökoliberaler Steuer- und Wirtschaftspolitik formuliert (niedrigere Energiekosten plus Senkung der Lohnnebenkosten gleich Standortfaktor im Weltmarkt), darf der angebliche äußere Zwang der Globalisierung nicht fehlen. Und wenn in NRW die Einführung von Studiengebühren und Elitewahlhochschulen begründet werden muss, wird von Bildungsministerin Gabriele Behler (SPD) auf ominöse Globalisierungszwänge verwiesen: »Jetzt geht es darum, dass unsere Hochschulen in einem härter werdenden internationalen Wettbewerb um die Qualität von Forschung und Lehre vorne mitmischen können«.

»Globalisierung« hat es seit der Eroberung Amerikas 1492 im Ansatz schon immer gegeben. Sie nahm verschiedene Erscheinungsformen an – je nach Stand der ökonomischen Entwicklung und der sozialen Kämpfe. Die Form, in der die ökonomische Konkurrenz auf dem Weltmarkt gegenwärtig ausgetragen wird, ist die Herausbildung von regionalen Blöcken in Nordamerika (NAFTA), Europa (EU) und Ostasien mit den jeweiligen Führungsmächten USA, BRD, Japan. Diese verschiedenen wirtschaftlichen Zentren kämpfen untereinander um Einflussphären. Die BRD verfolgt innerhalb der EU das Ziel, ihre ökonomische und politische Führungsrolle auszubauen und die EU zu einer vollständigen, auch militärisch potenten Macht auszubauen.

Nach einer vorübergehenden Schönwetterperiode wird die vielfach verdrängte Tatsache wieder sichtbar, dass massenhafte Erwerbslosigkeit, Armut und Elend beziehungsweise die Gewährung von formaler bürgerlicher Demokratie und formalen Menschenrechten nicht die Ausnahme, sondern die Regel im weltweiten Kapitalismus darstellen. Ebenso wenig gehört die Sicherstellung der Befriedigung der unmittelbaren Lebensbedürfnisse dazu, wie beispielsweise erschwingliche Wohnungen, Arbeit, soziale Grundsicherung oder auch eine kostenlose Bildung für alle.

Gegen diese Entwicklung gibt es seit einigen Jahren wieder eine immer stärker und breiter werdende Gegenbewegung: Zuletzt demonstrierten 300000 Menschen in Genua gegen das dortige G8-Treffen. Die politisch Verantwortlichen reagierten mit Repression, Polizeibrutalität und Ausreiseverboten. Die Polizeibrutalität gipfelte in der Ermordung Carlo Giuliani.

Wir halten daran fest: Eine andere Welt mit gerechter Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, ohne Hunger, Elend und Naturzerstörung, ohne Rassismus und Krieg, mit gleichen sozialen Lebensmöglichkeiten für alle ist möglich. Wir müssen sie nur noch erkämpfen.

Dieter Asselhoven

Friedensbündnis

11. September 2001 – Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon. Die Welt gerät in Aufruhr – die Politik spricht von einem Anschlag auf die »zivilisierte« Welt.

Keine vier Wochen später gibt es die nächsten Toten, diesmal in Afghanistan. Afghanistan befindet sich seit Jahrzehnten im Krieg – die Bevölkerung leidet unter bitterer Armut und unter Hunger. Schon allein der gewaltige Truppenaufmarsch des größten Militärapparates löste eine Flüchtlingskatastrophe aus. Kollateralschäden werden zum Tagesthema – die USA fangen an, ein ohnehin schon zerstörtes Land in Grund und Boden zu bomben. Gerhard Schröder bekundet seine bedingungslose Unterstützung.

Können Bomben die richtige Antwort auf den Terror sein? Unsere Antworten sehen anders aus. Aber: Kann kritisches Hinterfragen ausrei-

chend sein? Wir meinen nein. Wir wollen, dass StudentInnen sich wieder durch Proteste Gehör verschaffen. Es kann nicht sein, dass die vielbeschworene »geistige Elite« sich nicht artikuliert und an Universitäten nichts passiert.

Spontan initiieren wir ein Treffen, dreißig StudentInnen kommen, um sich für den Frieden zu engagieren. Zwei Wochen später demonstrieren 1500 StudentInnen vor der Universität gegen den Krieg. Mittlerweile ist unser studentisches Bündnis für den Frieden auf 150 Leute angewachsen. Damit sind wir die größte freie politische Gruppierung an der Universität Köln.

Der Krieg in Afghanistan war für viele von uns das Schlüsselerlebnis, sich wieder politisch zu betätigen. Wir haben eindrucksvoll bewiesen, dass StudentInnen ihre Interessen artikulieren können und bereit sind, für politische Forderungen auf die Straße zu gehen. Doch

auch in anderen Bereichen müssen wir uns wieder Gehör verschaffen. Die Sicherheitspolitik Schilys, die mit Terrorbekämpfung nichts zu tun hat, die Bildungspolitik der EU, die auf lange Sicht das gesamte Bildungswesen privatisieren will oder die Bekämpfung des Nord-Süd-Gefälles – es gibt viel zu tun.

Es kann nicht sein, dass wegen des Verbots des so genannten Allgemeinpolitischen Mandats diese Themen im StudentInnenparlament (SP) gar nicht mehr behandelt, ja sogar ignoriert werden. Das kann nicht im Interesse der StudentInnenschaft der größten Universität Deutschlands sein. Wir wollen, dass die Universität Köln wieder eine politische wird, dass an unserer Hochschule wieder diskutiert wird. Wir wollen, dass kritisches Hinterfragen wieder stattfindet – und zwar aktiv. Gesellschaftliches Engagement in Form von politischer Arbeit muss an unserer Universität wieder vom ASTA unterstützt werden – denn nur dann sind wieder viele Menschen politisierbar. Dafür möchten wir uns einsetzen.

Studentisches Friedensbündnis Uni Köln